

Das Literarische Büro

Zusammenstellung der Texte

Caroline Gerberding / Katharina Zeisler; Tobias Liebert, Günter Bentele

Inhalt:

1 Staat, Pressepolitik und Presse (C.G./K.Z., T.L.)	1
1.1 Das Literarische Büro als Instrument des Staates gegenüber der Presse	1
1.2 Staatlicher Presseapparat	1
2 Das Literarische Büro: geschichtlicher Überblick (C.G./K.Z., T.L., G.BE.).....	2
2.1 Amtliche Pressestelle der Regierung zwischen Kontinuität und Erneuerung	2
2.2 Erste Organisationsversuche in Preußen und sich wandelnde Bezeichnungen.....	2
2.3 Reich versus Preußen, Außen- versus Innenministerium.....	3
2.4 Rivalitäten im Machtapparat bei der Pressearbeit	4
2.5 Das Literarische Büro in historischer Kontinuität und Diskontinuität.....	5
3 Anfänge und Aufgaben des Literarischen Büros (C.G./K.Z., T.L., G.BE.).....	5
3.1 Frühe Formen: Literarischer Stab 1814/15 und Literarisches Büro 1816.....	5
3.2 Ein neuer Anfang: Das Ministerial-Zeitungsbüro von 1841	7
3.3 Vom Ministerial-Zeitungsbüro zum Literarischen Büro: die Hauptarbeitsgebiete.....	8
4 Unterscheidbare Phasen in der Geschichte des Literarischen Büros ab 1841 (C.G./K.Z., T.L.).....	8
4.1 Erste Phase: Restriktive Phase (1841-1848)	8
4.2 Zweite Phase: Reaktive Phase (1848-1871).....	9
4.3 Dritte Phase: Defensive Phase (1871-1920).....	10
5 Anhang	11
5.1 Die Autoren der Texte über das Literarische Büro	11
5.2 Literaturverzeichnis.....	11

1 Staat, Pressepolitik und Presse (C.G./K.Z., T.L.)

1.1 Das Literarische Büro als Instrument des Staates gegenüber der Presse

Staatliche Pressepolitik umfasst in einem weiten Sinne alle Maßnahmen, die ein Staat gegenüber der Presse unternimmt: von der allgemeinen Rahmensetzung für das Wirken der Presse bis hin zu konkreten Kontakten mit einzelnen Zeitungen und Journalisten. Neben wahrheitsgetreuen Informationsleistungen können auch manipulative Desinformationen zum Spektrum der inhaltlich-informationellen Pressearbeit eines Staates gehören. Das *Literarische Büro* war ein Produkt, Instrument und Organ der preußischen bzw. deutschen Pressepolitik über viele Jahrzehnte im 19. und 20. Jahrhundert, unter der Herrschaft preußischer Könige und deutscher Kaiser.

Die *Presse* als Gesamtheit der drucktechnisch wiedergegebenen – periodischen, aber in einem weiten Verständnis auch einmaligen – Ausgaben von Erzeugnissen aus der „Presse“ stellt das erste Medium in der Geschichte dar, das Informationen, Meinungen sowie Belehrung und Unterhaltung an eine prinzipiell unbegrenzte Öffentlichkeit vermittelt. Es ist nahe liegend, dass in Gesellschaften, die nicht oder nur ansatzweise demokratisch organisiert sind, die Presse häufig als Sprachrohr der Politik dient (oder aus Sicht der Herrschenden dienen soll). Und es erklärt die unablässigen Bemühungen autoritärer, nicht-demokratischer Regimes, eine entstehende (wenn auch ggf. nur teilweise) unabhängige oder kritische Presse unter ihre Kontrolle zu bringen oder wenigstens zu beeinflussen.¹

1.2 Staatlicher Presseapparat

Um die im 19. Jahrhundert expandierende Presse zu lenken, wurden staatliche Institutionen gegründet.² So ist zu erklären, dass das heutige Bundespresse- und Informationsamt (BPA)³ als Behörde des demokratischen Deutschlands auf zahlreiche Vorläuferorganisationen zurückblicken kann. Deren Hauptaufgaben vor 1919 bzw. 1945 waren die Beobachtung und die Beeinflussung der Presse bzw. der öffentlichen Meinung, teilweise aber auch die Verhinderung von Informationen. 1815/16 wurde das erste *Literarische Büro* beim preußischen Staatskanzler Hardenberg eingerichtet, 1841 das „*Ministerial-Zeitungsbureau*“ im preußischen Innenministerium gegründet, 1848 gefolgt vom „*Literarischen Cabinet*“. Dazu weiter hinten mehr.

Vor allem in Kriegszeiten ist die Presse der *Propaganda* staatlicher Pressearbeit ausgesetzt und wird als Mittel zum Zweck, insbesondere zur *Manipulation* der Bevölkerung, betrachtet. Allerdings gelang dies nicht immer wie beabsichtigt, woran auch die Komplexität des politischen bzw. Verwaltungs-Apparates und Kompetenzgerangel ihren Anteil hatten.⁴ „Der offiziöse Presseapparat war so verschachtelt, dass man im Ausland schließlich glaubte, keine Meldung in der Presse sei ohne die Direktiven der preußischen Regierung zustande gekommen. Dies war das Ergebnis einer Pressepolitik, die sich vieler Instrumente bediente: Korrespondenzen, Subventionen oder Bezahlung von Schriftstellern“ (Nöth-Greis 1997, S. 1).

¹ Zu den allgemeinen Rahmenbedingungen u. a. Goros 1998.

² Zunächst war es nach dem Wiener Kongress von 1815 und den Karlsbader Beschlüssen zu einer Phase der Restauration und wieder verstärkten Zensur gekommen. In Preußen änderte sich die Situation erst mit dem Thronwechsel im Juni 1840 an Friedrich Wilhelm IV., schreibt Kunczik 1997, S. 83.

³ Zum Presse- und Informationsamt der Bundesregierung siehe u. a.: Kordes/Pollmann 1989.

⁴ Vgl. Kunczik 1997, S. 102.

2 Das Literarische Büro: geschichtlicher Überblick (C.G./K.Z., T.L., G.BE.)

2.1 Amtliche Pressestelle der Regierung zwischen Kontinuität und Erneuerung

Die Geschichte des *Literarischen Büros* lässt sich über beinahe 110 Jahre verfolgen: von der Zeit des Wiener Kongresses 1814/15 über die 1840er-Jahre bis zu den 1920er-Jahren.⁵ Der preußische Staatskanzler Karl August Freiherr von Hardenberg, der Preußen nach dem Sturz Napoleons auf dem Wiener Kongress vertrat, stellte während dieses politischen Großereignisses einen *Literarischen Stab* aus Staatsbeamten und Schriftstellern zusammen. Spätestens seit 1816 lassen sich Aktivitäten eines ersten *Literarischen Büros* in Preußens Regierung nachweisen. Zu einer kontinuierlicheren Entwicklung kam es insbesondere ab 1841, als mit einem Schreiben von König Friedrich Wilhelm IV. an den Geheimen Staatsminister des Innern vom 14. Oktober 1841 das *Ministerial-Zeitungsbüro* eingerichtet wurde.

Die Aufgaben der Einrichtung von 1841 waren die Beobachtung und Überwachung, andererseits aber auch die Unterstützung der Presse durch Lieferung von Artikeln. Die Relevanz und Notwendigkeit dieser Institution war auch nach ihrer Gründung nicht unumstritten, und auch aus heutiger Sicht ist sie als ambivalent einzuschätzen. Bekanntlich umfasste der genannte Zeitraum unterschiedliche Regierungen und Staatsformen. Dass die Zeitgenossen häufig unzufrieden waren und Optimierungsbedarf sahen, zeigen die ständigen Namensänderungen sowie Veränderungen der Aufgaben und Tätigkeiten. Wichtige Determinanten für das Büro waren einerseits das *Pressewesen* bzw. *die öffentliche Meinung*, auf die es wirken sollte, und andererseits die jeweilige *Herrschaftsstruktur*, in deren Auftrag und in der es wirken sollte. Machtverschiebungen im Regierungsapparat führten zeitweilig zu Bedeutungsverlusten des Büros. Mit Um- und Neustrukturierungen versuchte man dann, dem *Literarischen Büro* wieder einen höheren Rang und Stellenwert zukommen zu lassen.

2.2 Erste Organisationsversuche in Preußen und sich wandelnde Bezeichnungen

Wie sah das *Verhältnis zwischen Regierung und Journalismus* aus? Geprägt wurde es durch die Staats- und Gesellschaftsform, die bis 1918 als Monarchie und Obrigkeitsstaat zu charakterisieren ist. Allerdings lassen sich in diesen vielen Jahrzehnten auch verschiedene Phasen unterscheiden, in denen Presse und öffentlicher Meinung durchaus differenziert gegenübergetreten wurde.

An anderer Stelle im PR-Museum wird die Entwicklung der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit Preußens seit der Errichtung des Königtums 1701 in mehreren Beiträgen nachvollzogen: I. von den Anfängen bis Friedrich II. („der Große“), II. von 1789 (Französische Revolution) bis 1807 (Frieden von Tilsit), III. von 1807 bis zu den Befreiungskriegen von 1813/14 und IV. vom Wiener Kongress 1814/15 bis zum Tode des Staatskanzlers Hardenberg 1822.

Die epochalen Auswirkungen der Französischen Revolution, die jahrelangen Feldzüge Napoleons durch ganz Europa und die Erhebung der Deutschen in den Befreiungskriegen sowie die anstehende politische Neuordnung des Kontinents hatten in den Jahrzehnten um 1800 zu einer *Mobilisierung der Bevölkerung und zu außen- sowie innenpolitischer Dynamik* geführt. Wichtiges Ergebnis waren die umfangreichen Reformen in Preußen seit 1807, auch als Stein-

⁵ Siehe dazu u. a. Kunczik 1997, S. 83-104. Sängler 1966, S. 16-20. Auch schon Groth 1929 und Wappler 1935. Zu den Ansätzen von 1814/16 vgl. Kunczik 1997, S. 78 und S. 71, nach Hofmeister-Hunger 1994, S. 372.

Hardenbergsche Reformen bekannt. Reformistische und reaktionäre Politiker in ganz Europa kamen an der Einsicht nicht mehr vorbei, dass ohne Berücksichtigung von öffentlicher Meinung und Presse nicht mehr erfolgreich regiert werden kann. Daraus erklären sich die Ansätze von 1814/16 für ein *Literarisches Büro*.

In Österreich haben Metternich und dessen Pressechef Gentz vieles von diesem Können Napoleons sich zunutze gemacht¹⁷. Bezeichnend für die Einstellung Metternichs sind die Worte:

„Ein großer Fehler, den alle Regierungen und besonders die unsere seit dem Ausbruch der französischen Revolution gemacht haben, ist der, daß sie als unnütz, als ihrer und der guten Sache unwürdig, ja als eine Gefahr betrachtet haben, mit dem Publikum zu sprechen, ihm die Wahrheit zu sagen . . . Die öffentliche Meinung ist das wichtigste der Mittel, ein Mittel, das wie die Religion in die verborgensten Tiefen dringt, wo administrative Einflüsse keinen Einfluß mehr haben. Die öffentliche Meinung verachten ist so gefährlich, als wenn man die moralischen Grundsätze verachtet . . . Die öffentliche Meinung fordert eine ganz besondere Beachtung, konsequente und ausdauernde Pflege . . .“¹⁸.

In Preußen veröffentlichte am 9. 3. 1815 der Staatsrat Varnhagen van Ense eine Denkschrift über die Notwendigkeit, die öffentliche Meinung nicht ohne die Mitwirkung der Stimme der Regierung zu lassen¹⁹. Die vorsichtige Lenkung der öffentlichen Meinung sei das einzige Mittel der Regierung, um das größte Gut des Staates, die öffentliche Meinung, nicht zu dessen größtem Übel werden zu lassen.

Abb.: Faksimile aus Sängers 1966, S. 13. Ihre Fußnote 18 bezieht sich auf die Quelle d’Ester (Die papierne Macht, S. 39) und ihre Fußnote 19 auf die Quelle Groth (Die Zeitung, Bd. 2, S. 78)

Nach dem Wiener Kongress von 1815 setzte allerdings eine Phase der Restauration ein. Die Zeit war von Zensur, Säuberungsmaßnahmen, Zeitungsverboten, Sondersteuern und Gefängnisstrafen für Herausgeber und Redakteure gekennzeichnet. Die Presse wurde streng überwacht. Dennoch startete nach einem Thronwechsel 1841 – wie gesagt – mit der Einrichtung des *Ministerial-Zeitungsbüros* ein Neuanfang. Nach dem Scheitern des *Ministerial-Zeitungsbüros* 1848 nach nur sieben Jahren seiner Existenz, rief man im selben Jahr das *Literarische Kabinett* ins Leben. Dessen zentrale Aufgabe: Zeitungen auswerten, also die Beobachtung der veröffentlichten Meinung. Unterstellt war das Büro dem preußischen Minister des Innern. 1851 folgte die erste Umbenennung in „*Centralstelle für Preßangelegenheiten*“. Mal mit mehr, mal mit weniger Erfolg wirkte die Zentralstelle im Sinne der Regierung auf die Inhalte der Zeitungen ein. Prägend für diese Phase war der Versuch, die Presse durch Besteuerung und Subventionen zu steuern. 1860 wurde die Zentralstelle für Presseangelegenheiten in das *Literarische Büro* umgewandelt.

2.3 Reich versus Preußen, Außen- versus Innenministerium

Parallel dazu richtete 1871 die neue Reichsregierung ein *eigenes Pressedezernat* mit geringen Kompetenzen im Auswärtigen Amt ein. Das Literarische Büro nahm daraufhin zunächst weiterhin nur preußische Angelegenheiten wahr. Später vergrößerte sich der Aufgabenbereich, es nahm nun auch Weisungen der Reichskanzlei entgegen. 1890 und 1894 bedeuteten für das Literarische Büro einen „doppelten“ großen Bruch: Leo Graf von Caprivi wurde 1890 Bismarcks Nachfolger als Reichskanzler. Er glaubte, „einer Pressepolitik und Beziehungen zur

Presse nicht zu bedürfen“. Einzelne Behörden und Minister „entschieden nach eigenem Gutdünken, was, wann, wie und wem sie Nachrichten gaben“. (Sänger 1966, S. 16)

1894 wurde Otto Hammann Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes.⁶ Danach entwickelte sich das Auswärtige Amt zur größten Konkurrenz des Literarischen Büros. Hammanns Aufgabe war es, für eine zentrale Pressepolitik der Regierung zu sorgen. Er baute die Pressestelle des Auswärtigen Amtes so stark aus, dass sie zur einzigen offiziellen Informationsquelle für die Presse wurde. Über Hammanns Büro liefen von da an die gesamten offiziellen Beziehungen zur Presse. Das Literarische Büro sah sich damit zentraler Kompetenzen beraubt. Kaum jemand kooperierte noch mit der Behörde.

2.4 Rivalitäten im Machtapparat bei der Pressearbeit

Dagegen entstand das „System Hammann“: Hammann versorgte regierungsfreundliche Journalisten mit Informationen, kritische oder gar gegnerische Pressevertreter wurden dagegen mit mageren Auskünften von Hilfskräften abgespeist. Als Nebeneffekt der Zentralisierung der Pressearbeit durch die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes ergab sich, dass der Reichskanzler keinen direkten Zugriff mehr auf Informationen hatte, sondern abhängig war vom Auswärtigen Amt. Diese Abhängigkeit stieß in der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts zunehmend auf Kritik, so dass im Vorfeld des Ersten Weltkriegs die staatliche Pressepolitik wieder neu geordnet werden und das Pressereferat der alleinigen Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes entzogen werden sollte. Dies geschah nicht, weil Hammann am 27. Dezember 1916 das Feld räumte, da er angeblich seinen Aufgaben nicht mehr gewachsen sei. Schon seit Oktober 1915 übte das neue *Kriegspressesamt* eine strenge Zensur der Presse aus.

1920, zwei Jahre nach Ende des Ersten Weltkriegs wurde dann auch das bis dahin faktisch noch bestehende Literarische Büro aufgelöst. Allerdings gab es da schon andere Institutionen der Regierung der Weimarer Republik für Pressearbeit.⁷ Auch oder gerade unter demokratischen Verhältnissen können Ressortstreitigkeiten eine große Rolle spielen, wie der Untergang des Literarischen Büros zeigt: „Im Herbst 1919 kam es zum Streit um die Mittel für das Literarische Büro, nachdem sich der sozialdemokratische Innenminister ... eine Pressestelle eingerichtet hatte.“ Der Streit zwischen Staats- und Innenministerium konnte schließlich nicht konstruktiv gelöst werden und „lief auf eine Abwicklung hinaus“, zumal auch andere Ministerien die Stelle für verzichtbar hielten. (Lau 2003, S. 138f.)

⁶ U. a. Kunczik 1997, S. 99ff.

⁷ Vgl. Kunczik 1997, S. 166ff.

2.5 Das Literarische Büro in historischer Kontinuität und Diskontinuität

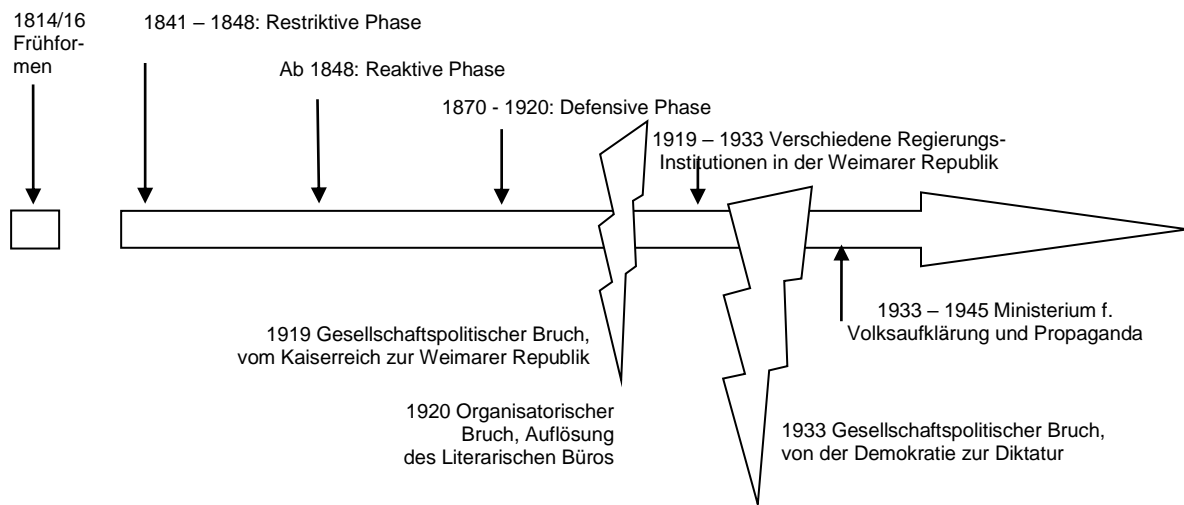


Abb.: Darstellung von C.G. und K.Z., erweitert von T.L.

3 Anfänge und Aufgaben des Literarischen Büros (C.G./K.Z., T.L., G.BE.)

3.1 Frühe Formen: Literarischer Stab 1814/15 und Literarisches Büro 1816

Literarischer Stab im preußischen Hauptquartier und auf dem Wiener Kongress

Der preußische Staatskanzler Karl August Freiherr von Hardenberg, der Preußen nach dem Sturz Napoleons auf dem Wiener Kongress vertrat, stellte während dieses politischen Großereignisses in der preußischen Gesandtschaft einen *Literarischen Stab* aus Staatsbeamten und Schriftstellern zusammen. Karl August Varnhagen von Ense, politischer Literat und Spiritus rector dieses Kreises, war von Hardenberg nach Wien gerufen worden, um spezifische Kommunikationsaufgaben zu erfüllen: regelmäßige Erstellung eines kommentierten Pressespiegels und Berichterstattung darüber; das Verfassen eigener Artikel für verschiedene Zeitungen; Kontaktpflege mit Journalisten und Autoren, um diese ebenfalls zu Artikeln im Sinne der Position Preußens zu bewegen.

Der *Literarische Stab* in Wien stützte sich teilweise auf Personen und Ressourcen, die beim *preußischen Hauptquartier*, also der militärischen Führung in den Befreiungskriegen, literarische Arbeit leisteten. Das preußische Hauptquartier sammelte bei seinem gemeinsamen Zug mit den Alliierten gegen Napoleon bis nach Paris auch Journalisten und Schriftsteller um sich.⁸

Wie beispielsweise später der Erste Weltkrieg ebenso zeigen wird, sind im Kriegsfall wichtige staatliche Kommunikationsfunktionen in der militärischen Zentrale angesiedelt. Dabei entsteht in der Regel stets ein Problem des *Verhältnisses zwischen ziviler und militärischer Kommunikationspolitik*, das von Hardenberg seinerzeit geschickt als „Doppelstrategie“ angelegt wurde. Interessanterweise fiel der aktivere, offensivere und liberalere Part dem *literarischen Stab beim Hauptquartier* zu – so lange dies für den Sieg über Napoleon notwendig erschien. Eine Rezension (Obenaus 1995) fasst wichtige diesbezügliche Forschungsergebnisse von Hofmeister-Hunger 1994 zusammen:

⁸ Siehe dazu Hofmeister-Hunger 1994, S. 283ff. Vgl. auch Kunczik 1997, S. 78.

„Es kam zu einer Zweiteilung zwischen rigider Berliner Zensurpolitik, die Hardenberg konservativen Beamten anvertraute, und den Aktionen des literarischen Stabs im unmittelbar kontrollierbaren, aktuell informierten Hauptquartier. (...) Insgesamt (...) erlaubte der Bund der Koalitionsmächte gegen Napoleon einen Aufschwung staatlicher Öffentlichkeitsarbeit – es entstand der Eindruck einer erstmals realisierten Pressefreiheit.“ Allerdings seien mit dem Verschwinden der feindlichen Integrationsfigur Napoleon die – jetzt O-Ton Hofmeister-Hunger (dort S. 255f.) – „bereits angelegten Gegensätze zwischen Gouvernement und Schriftstellern –sofern sie sich den nationalliberalen Strömungen anschlossen“ – aufgebrochen. Die öffentliche Meinung – „bislang als Bundesgenossin der Reformbeamtenschaft und des antinapoleonischen Kampfes reklamiert“ – geriet in „offenen Widerspruch zu den ungebrochenen Selbstherrschftsansprüchen der Bürokratie“. (Zit. nach Obenaus 1995, S. 516)

Zum Literarischen Stab im preußischen Hauptquartier und auf dem Wiener Kongress *siehe auch im PR-Museum* innerhalb der Darstellung zur Geschichte staatlicher Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationspolitik in Preußen.

Literarisches Büro 1816

Spätestens seit 1816 lassen sich Aktivitäten eines ersten *Literarischen Büros* bei der preußischen Regierung nachweisen. Leiter dieser in Deutschland – nach bisherigem Erkenntnisstand – ersten einschlägigen Einrichtung war Friedrich von Cölln, sein Nachfolger nach dem Tod von Cöllns 1820 war Carl Heun.

Im Prinzip wurde mit dem *Literarischen Büro* ein Vorschlag verwirklicht, den ein Karl Julius Lange schon 1806 machte. Lange – ein wendiger Journalist und eine schillernde Persönlichkeit, die Hardenberg aus der fränkischen Zeit kannte – hatte ein Konzept professioneller Pressebeobachtung erarbeitet und glänzte auch mit anderen publizistischen Ideen.⁹

Aufgaben des *Literarischen Büros* waren die Beobachtung der politischen Publizistik und die Berichterstattung über diese Hardenberg gegenüber. Darüber hinaus entwickelte sich dieses Büro unter von Cölln als ein Instrument zur polizeilichen Überwachung: Denunziation von „Staatsfeinden“, das Anschwärzen von vermeintlichen Oppositionellen war keine Seltenheit.¹⁰ Hier wirkte sich der Charakter der Zeit bis zu den 1840er-Jahren als Restaurationsphase aus.

Eine Rezension (Obenaus 1995, S. 517) fasst wichtige diesbezügliche Forschungsergebnisse von Hofmeister-Hunger 1994 zusammen:

Das Literarische Büro sei „wahrscheinlich in Parallele und Ergänzung zum Statistischen Büro direkt unter dem Staatskanzleramt eingerichtet“ worden. „Auch wenn die Quellenlage bisher keine genaue Beschreibung zulässt, wird deutlich, dass das Büro eine Servicefunktion für Polizeiministerium und Staatskanzleramt besaß.“

Die programmatisch-strategische Funktion dieses *Literarischen Büros* darf aber nicht überschätzt werden. Als Hauptinstrument zur aktiven, positiven Beeinflussung der öffentlichen Meinung setzten Hardenberg und die preußische Administration schließlich auf eine *Staatszeitung*, man praktizierte also selber „Journalismus“: 1819 wurde die *Allgemeine Preußische Staatszeitung* gegründet. Und 1819 wurde das preußische Zensurgesetz im Ergebnis der reak-

⁹ Vgl. Kunczik 1997, S. 72f.

¹⁰ Siehe dazu Hofmeister-Hunger 1994, S. 372ff. Vgl. auch Kunczik 1997, S. 71.

tionären Karlsbader Beschlüsse verschärft – das präventive Polizeisystem triumphierte gegenüber dem nachgelagerten Justizsystem.

Zum Literarischen Büro *siehe auch im PR-Museum* innerhalb der Darstellung zur Geschichte staatlicher Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationspolitik in Preußen.

3.2 Ein neuer Anfang: Das Ministerial-Zeitungsbüro von 1841

Den Neu-Anfang von 1841 nach einer längeren Phase der primär polizeilich-restriktiven Haltung gegenüber der Presse beschreibt u. a. Wappler (1935):

Erstes Kapitel:

Das „Ministerial-Zeitungsbureau“ von 1841.

Ein Anlauf, die übliche, vorwiegend formale und polizeiliche Haltung gegenüber den Zeitungen durch eine positive Tätigkeit zu ergänzen, war schon im Jahre 1841 genommen worden. Ein Kabinettschreiben Friedrich Wilhelms IV. vom 14. 10. 1841 an den Geheimen Staatsminister des Innern und der Polizei Herrn von Rochow machte diesem zur Aufgabe: „Der Königlichen Staatsregierung durch fortlaufende Berichte eine möglichst genaue Kenntnis aller bedeutenden Momente in der geistigen Bewegung der Journalistik oder Literatur des Inlandes wie des Auslandes zu verschaffen, und auf der einen Seite die Regierung von dem Stande der öffentlichen Meinung, soweit dieselbe in der Presse ihren Ausdruck findet, genau zu unterrichten, auf der andern sie in den Stand zu setzen, jenen Einfluß auf die öffentliche Stimmung auszuüben, der sich teils durch selbständige, aber amtlich veranlaßte literarische Arbeiten, teils durch Berichtigung falscher tatsächlicher Angaben oder irriger Urteile in den Journalen erlangen läßt“¹⁾.

Unter der Leitung des Regierungsrates Hesse wurde ein „Ministerial-Zeitungs-Bureau“ eingerichtet.

In Köln förderte das M. Z. B. die Gründung des „Rheinischen Beobachters“, in Königsberg die der „Allgemeinen Königsberger Zeitung“, später „Zeitung für Preußen“ genannt²⁾.

Wie fern aber dem herrschenden Geiste der Gedanke einer geistigen und sachverständigen Wirksamkeit lag, weist sowohl die Geschäftsordnung vom 27. 10. 1841 als auch Rochows Bericht an den König vom 16. 2. 1842 aus. Durch eine regelmäßige Kontrolle der gelesenen Blätter auf wahrheitswidrige Nachrichten, entstellende Berichte und falsche Urteile hin über die Zustände Preußens, Maßregeln und Ziele der Regierung und über hochstehende Personen stellte man „irreleitende Mitteilungen“ fest und trat ihnen durch „faktische Widerlegungen“ entgegen. Diese Amtsstelle sah also ihre Aufgabe vornehmlich darin, Überschreitungen der Zensurgesetze zu überwachen und als Berichtigungs-Bureau zu wirken. Je mehr sich

Abb.: Faksimile aus Wappler 1935, S. 1

Aus diesem Ausschnitt wird zugleich deutlich, dass es zum Repertoire preußischer Pressepolitik nicht nur gehörte, „Büros“ für Pressearbeit innerhalb der amtlichen Verwaltungsstruktur zu schaffen – wie eben das „Ministerial-Zeitungsbureau“. Üblich war es auch, direkt oder indirekt Presseorgane zu fördern und sogar selbst zu betreiben. Damit sind nicht nur behördliche „Amtsblätter“ im heutigen Sinne oder „Korrespondenzen“ als Materialgrundlage für die

eigentliche Presse gemeint, sondern „journalistische Organe“, politische Zeitungen.¹¹ Auf diesen Kanal amtlicher Pressearbeit unter „journalistischer Flagge“, der im heutigen demokratischen Deutschland undenkbar wäre, gehen wir im Folgenden nicht ein. Die Darstellung konzentriert sich auf die „Büros“ für Pressearbeit, hier unter dem Begriff „Literarisches Büro“ zusammengefasst.

3.3 Vom Ministerial-Zeitungsbüro zum Literarischen Büro: die Hauptarbeitsgebiete

Als 1848 nach der Gewährung der Pressefreiheit aus dem Ministerial-Zeitungsbüro das Literarische Kabinett wurde, hatte diese staatliche Organisation zuvörderst die Aufgabe, Zeitungen auszuwerten und die politische Führung über die Presseartikel zu informieren. Zugleich brachte das „Kabinett“ am 1. Oktober 1850 ein *eigenes Blatt*, die „*Sonntags-Correspondenz*“, heraus. Das Hauptaugenmerk dieser Publikation lag auf der Lenkung der Lokal- und Provinzpresse.

Die ihr im Jahr 1851 nachfolgende „Centralstelle für Preßangelegenheiten“ hatte offensivere Aufgaben: Sie sollte vornehmlich versuchen, auf den Inhalt der Zeitungen Einfluss zu nehmen. Dies gelang ihr aber nur teilweise. Kurz nach der Reichsgründung – aus der Zentralstelle für Presseangelegenheiten war vorher schon, 1860, das Literarische Büro geworden – kam das Verfassen eigenständiger Nachrichten sowie selbstverfasster Leitartikel dazu.

Rückblickend lassen sich *vier Hauptarbeitsgebiete* des Literarischen Kabinetts, der Zentralstelle für Presseangelegenheiten bzw. des Literarischen Büros erkennen:

1. tägliche Presseübersicht mit Bericht an den Direktor (diese Aufgabe wäre aus heutiger Sicht gleichzustellen mit der Funktion eines „Pressespiegels“)
2. konstante Berichterstattung beim Minister (der stetige Informationsaustausch von Themen, die in der Öffentlichkeit die Tagesordnung bestimmten)
3. Lieferung von Artikeln an die gouvernementalen Organe, also an die amtlich-offizielle bzw. Regierungs-Presse (diese Aufgabe sollte der inneren Kommunikation, der Überwachung der Tätigkeit bzw. der Transparenz für den mehrgliedrigen Machtapparat dienen)
4. Korrespondenzen an die auswärtige Presse (heute gleichzusetzen mit regelmäßigen Pressemitteilungen), zum Teil mit manipulativem Charakter

4 Unterscheidbare Phasen in der Geschichte des Literarischen Büros ab 1841 (C.G./K.Z., T.L.)

4.1 Erste Phase: Restriktive Phase (1841-1848)

Die Zeit des Literarischen Büros nach 1841 lässt sich in *drei Phasen* einteilen: In der *ersten* Phase dominierten die Restriktionen, mit denen sich die Presse seitens der Regierung konfrontiert sah: Die Presse wurde mittels unterschiedlicher Zensurmaßnahmen drangsaliert: Entzug von Konzessionen und Privilegien, Berufsverbote, Zeitungssteuern oder Geld- und Gefängnisstrafen. „Nach dem Zerfall der zentralen Reichsgewalt (des alten Reiches und nach dem Wiener Kongress – T.L.) hielten die absolut regierenden Landesfürsten je nach ihrer persönlichen Einstellung die Presse am kurzen oder langen Zügel. Preußens Herrscher neigten zu

¹¹ Vgl. Stöber 2000, S. 45ff.

scharfer Auslegung der Beschränkungen; sie hielten an alten Zensuredikten fest oder erließen neue“ (Kordes/Pollmann 1989, S. 9).

Die Presse war Mittel zum Zweck. Sie diente den Regierenden als Sprachrohr, mit dem man versuchte, die *öffentliche Meinung zu lenken und zu beeinflussen*. Mit der Idee einer staatlichen *Organisation zur Überwachung und Beeinflussung der Presse* entstand am 14. Oktober 1841 das *Ministerial-Zeitungs-Büro*. Diese Institution beobachtete die in- und ausländische Presse und erstellte Berichte über die Lage und Stimmung der preußischen Öffentlichkeit. Darüber hinaus erläuterte das Büro auch die staatliche Politik Preußens und warb für Sympathie in der Öffentlichkeit. Eine zentrale Aufgabe bestand darin, die Aufgaben der Zensurbehörden zu überwachen. Mit dem Ministerial-Zeitungsbüro war *institutionell und bezogen auf Grundfunktionen* (Beobachtung, interne und externe Information, Persuasion) der Grundstein für moderne staatliche Öffentlichkeitsarbeit gelegt, wenngleich sich das Verständnis von Öffentlichkeitsarbeit damals und heute stark unterscheidet.

4.2 Zweite Phase: Reaktive Phase (1848-1871)

Die Revolution von 1848 veränderte vieles, manches aber nicht von Dauer

Die Märzrevolution von 1848 veränderte die Situation völlig. Die Frankfurter Nationalversammlung proklamierte in ihren „Deutschen Grundrechten“ die Pressefreiheit, die später Eingang in die Reichsverfassung fand. Während der Revolution entstand eine mehr oder weniger pluralistische Presselandschaft. Es kam in Preußen zu zahlreichen Zeitungsneugründungen, die den Ideen der bürgerlichen Revolution zum (teilweisen) Durchbruch verhelfen. Die neuen Zeitungen nahmen von links bis rechts Einfluss auf das politische Zeitgeschehen. Als Reaktion darauf wurde im Sommer 1848 das *Literarische Kabinett* gegründet, eine Institution, die dem Staatsministerium des Innern unterstellt war. Eine der Aufgaben des Literarischen Kabinetts war es nun, die Regierungmeinung möglichst unauffällig über die Presse in die Öffentlichkeit zu lancieren. Hauptmittel der damaligen Pressepolitik waren Subventionen für Journalisten sowie kostenlos erhältliche „Correspondenzen“ (Abdrucke) der neuesten Regierungsmeldungen.

1850 und 1851-1859 arbeitete der Schriftsteller Theodor Fontane in bzw. für die staatliche Pressestelle als Texter und subventionierter Korrespondent.¹²

In den 1850er- und 1860er-Jahren: Beobachtung und Lenkung, Korrespondenzen und Waschzettel ...

Auch nach der Umbenennung und Reorganisation der Behörde, die seit 1851 „*Centralstelle für Preßangelegenheiten*“ hieß, bestanden die Haupttätigkeiten des Büros in der Beobachtung der Presse und der versuchten Presselenkung. Ein wichtiges Steuerinstrument war die „Sonntags-Correspondenz“ als semi-mediales Informationsangebot an die Redaktionen. Sie wurde von diesen auch nachgefragt, da der Presse häufig finanzielle Mittel fehlten, um eigene Nachrichten aus der Fremde einzuholen. Am 8. Februar 1860 wurde die Behörde erneut umbenannt und umstrukturiert.¹³ Von nun an hieß sie bis zu ihrer Auflösung im März 1920 „*Literarisches Bureau*“ – in Zeiten der Monarchie – „des Königlichen Staatsministeriums“.

¹² Kunczik 1997, S. 87-89.

¹³ Säger 1966, S. 15.

Mit der Regierungsübernahme in Preußen durch den ehemaligen Journalisten Bismarck¹⁴ wurde die Presse wieder strenger kontrolliert. Bismarck griff durch und entzog auch Lizenzen. Das Literarische Büro wurde u. a. von Geheimrat Ludwig Hahn geleitet. Hahn führte das Instrument des „Waschzettels“ ein. Ziel des Waschzettels war die Verbesserung der internen Kommunikation auf breiter Basis, und das Sammeln von Informationen für die Korrespondenzen. Das „System der Waschzettel“ bestand darin, dass täglich ein Mitglied des Literarischen Büros bei den verschiedenen Lektoren der einzelnen Ministerien Mitteilungen, Anfragen und Erwidern einholte und diese an die eigenen Literaten zur freien Ausformulierung weiterleitete, bevor diese später an die Zeitungen gingen.

Während des preußisch-österreichischen Krieges (1866) erhielt das Büro die Aufgabe, die amtlichen *Nachrichten vom Kriegsschauplatz* herauszugeben. Ziel dieser Maßnahme war eine Zentralisierung und damit Beherrschung des Nachrichtenflusses. So sollte u. a. sichergestellt werden, dass nur Nachrichten verbreitet wurden, die die Einstellung des Volkes nicht „negativ“ beeinflussten. Das Literarische Büro arbeitete zu dieser Zeit eng mit dem *Wolffschen Telegraphenbüro* zusammen.

4.3 Dritte Phase: Defensive Phase (1871-1920)

In den 1870er- und 1880er-Jahren: wachsende interne Konkurrenz

Seit 1871, mit der Gründung des Deutschen Reiches, sah sich das *Literarische Büro* interner Konkurrenz gegenüber.¹⁵ Es reagierte auf diese Konkurrenz mit zahlreichen Reorganisationen, sah sich aber insgesamt in der Defensive. Aufgrund dieser defensiven Haltung etwa gegenüber anderen *neu gegründeten Pressedezernaten einzelner Ministerien* verlor das Büro seine privilegierte Stellung als einzige Nachrichtenorganisation der Regierung.

1882 erfolgte der erste *Versuch einer Umgestaltung und Reorganisation* der Pressearbeit. Um wieder verstärkt Einfluss auf die Provinzial-Presse zu gewinnen, produzierte das Büro die Beilage „Neueste Mittheilungen“, die die Zeitungsleser direkt ansprechen sollte. Nach zwei Jahren wurde sie aber ebenso eingestellt wie die offiziellen Korrespondenzen an die Redaktionen.

Ab den 1890er-Jahren: weitere Reorganisationsversuche

Das *Literarische Büro* berichtete fortan vor allem nach innen. 1894 stand erneut eine Reorganisation an: Die „Berliner Correspondenz“, eine Neu-Auflage der „Neuesten Mittheilungen“, wurde als offizielle Korrespondenz unter dem neuen Namen an große und kleine Zeitungen unentgeltlich verschickt. An der geschwächten Stellung des Büros änderte dies aber wenig.

Eine *dritte und letzte Reorganisation* im Jahr 1898 führte zu drei Konsequenzen für die Aufgaben des Büros:

1. unmittelbare Vertretung der Regierungsansichten durch die Presse (v. a. mittels „Provinzial-Correspondenz“)
2. mittelbare Beeinflussung der Presse im Sinne der Regierungsansichten, in kleinen wie großen Zeitungen (v. a. mittels „Neueste Mittheilungen“)
3. Verbreitung von Flugblättern

¹⁴ Vgl. Kunczik 1997, S. 89ff. Zu Bismarck auch Naujoks 1968.

¹⁵ Vgl. Kunczik 1997, S. 96ff.

Auch dieser letzte Versuch einer effektiven Reorganisation brachte keine Fortschritte. Zwar lieferte das Ministerium des Innern Material an die Presse, jedoch ist nicht erkennbar, ob dies vom *Literarischen Büro* ausging. Auch eine Beteiligung des Büros an den „Deutschen Kriegsnachrichten“ lässt sich nicht nachweisen. Da die Behörde nur noch eine spärliche Versorgung mit Zeitungsausschnitten lieferte und sich die politischen Verhältnisse im Zuge der Demokratisierung nach Kriegsende nachhaltig änderten, wurde sie am 8. März 1920 aufgelöst.

5 Anhang

5.1 Die Autoren der Texte über das Literarische Büro

C.G. = Caroline Gerberding

G.BE. = Günter Bentele

K.Z. = Katharina Zeisler

T.L. = Tobias Liebert

Einige Ursprungstexte wurden von C.G. und K.Z. im Rahmen des Seminars „PR-Geschichte“ unter Leitung von Günter Bentele und Stefan Wehmeier verfasst. C.G./K.Z. legten 2006 entsprechende Texte vor. Für zwischenzeitliche formale Korrekturgänge gilt Stefan Wehmeier und Günter Bentele Dank, Letzterem auch für inhaltliche Ergänzungen. Die Texte wurden später von T.L. bearbeitet und ergänzt.

5.2 Literaturverzeichnis

Fischer, Heinz-Dietrich (Hrsg.) (1981): Regierungssprecher – Zwischen Information und Geheimhaltung. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.

Goros, Antonios (1998): Entwicklungen von Public Relations in Deutschland während der Kaiserzeit und der Weimarer Republik (1871-1933). Münster.

Groth, Otto (1929): Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik). Bd. 2. Mannheim; Berlin; Leipzig.

Hofmeister-Hunger, Andrea (1994): Pressepolitik und Staatsreform. Die Institutionalisierung staatlicher Öffentlichkeitsarbeit bei Karl August von Hardenberg (1792-1822). Göttingen: Vandenhoeck & Rupprecht.

Kordes, Walter; Pollmann, K. Hans (1989): Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Ämter und Organisationen der BRD. Düsseldorf.

Kunczik, Michael (1997): Geschichte der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland. Köln; Weimar; Wien: Böhlau.

Lau, Matthias (2003): Pressepolitik als Chance. Staatliche Öffentlichkeitsarbeit in den Ländern der Weimarer Republik. Stuttgart: Franz Steiner.

Naujoks, Eberhard (1968): Bismarcks auswärtige Pressepolitik und die Reichsgründung (1865-1871). Wiesbaden: F. Steiner

Nöth-Greis, Gertrud (1997): Das Literarische Büro als Instrument der Pressepolitik. In: Wilke, Jürgen (Hrsg.) (1997): Pressepolitik und Propaganda. Historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg. Köln.

Obenaus, Sibylle (1995): Rezension über: Andrea Hofmeister-Hunger: Pressepolitik und Staatsreform (...) In: Publizistik. 40. Jg. (1995) Heft 4. S. 514-518.

Sänger, Gisela (1966): Die Funktion amtlicher Pressestellen in der demokratischen Staatsordnung, dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main; Berlin: Alfred Metzner.

Stöber, Gunda (2000): Pressepolitik als Notwendigkeit: zum Verhältnis von Staat und Öffentlichkeit im wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Stuttgart: Steiner. (Insbesondere S. 37-43 und 219ff.)

Szyszka, Peter (Hrsg.) (1997): Auf der Suche nach Identität. PR-Geschichte als Theoriebaustein. Berlin: Vistas. (Insbesondere S. 197ff.)

Wappler, Kurt (1935): Regierung und Presse in Preußen. Geschichte der amtlichen preußischen Pressestellen 1848-1862. Leipzig: Universitätsverl. von Robert Noske.

<http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/parlamentarismus/kaiserreich/index.html> (Deutscher Bundestag)

<http://www.demokratiegeschichte.eu> (Institut für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz e. V.)

<http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/index.cfm?language=german> (Deutsches Historisches Institut)